Nummer 49 Berlin, 5. Dezember 1919. 31. Jahrgang

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II. Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1894.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postscheckkonto Berlin 5386.

Inhalt: An unsere Ortsverwaltungen! — Ruhe der Nacht (Gedicht). — Zur Organisation der Textilwirtschaftskörper. — Das Streikfieber und seine Ursachen. — Preisausgleich mit dem Weltmarktpreis? — Die Rechte der Kriegsgefangenen (III). — Die Kindertuberkulose. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsteil: Der Zukunftsstaat.

An unsere Ortsverwaltungen!

Werte Kollegen!

Alle Briefe und sonstigen Postsendungen sind künftig zu adressieren:

An den Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes
Berlin O. 27, Magazinstr. 6—7 II.

Geldsendungen durch die Post sind zu adressieren:
An Otto Jehms, Postscheckkonto 5386,
Berlin NW. 7.

Bei Ueberweisungen auf Bankkonto adressiere man:
An die Commerz- und Discontobank, Depositenkasse OP.
(Konto Karl Hübsch, Otto Jehms, Wilhelm Prillwitz,)
Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 142.

Wir bitten dringend, bei Sendungen an den Zentralvorstand nur diese Adressen benutzen zu wollen. Alle an einzelne Mitglieder des Vorstandes gerichteten Briefe oder sonstigen Postsendungen bleiben uneröffnet liegen und werden an den Adressaten künftig uneröffnet abgegeben. Die an einzelne Vorstandsmitglieder gerichteten Briefe und sonstigen Postsendungen werden also, falls Adressat verreist ist, erst nach dessen Rückkehr geöffnet. Alle Verzögerungen in der Erledigung der Verbandsgeschäfte, welche durch falsche Adressierung entstehen, haben die Ortsverwaltungen selbst auf sich zu nehmen.

Der Vorstand. H. Jäckel.

Ruhe der Nacht.

Wiederum gleich kommt der wilde Krieg gerissen,
Durch das Grün der Tod thut nachgeschritten,
Manch Gespenst dreht sinnend auf dem Feld,
Und der Sommer schüttelt sich vor Grausen,
Läßt die Blätter, schließt die grünen Klausen,
Als sich wendend von der blut'gen Welt.

Prächtig war die Nacht nun aufgegangen,
Hatte alle mütterlich umfangen,
Freund und Feind mit leisem Friedensfluß.
Und, als wollt' der Herr vom Himmel steigen,
Hört' ich wieder durch das tiefe Schweigen
Rings der Wälder feierlichen Gruß. —

Eichendorff.

Zur Organisation der Textilwirtschaftskörper.

Die Textilproduktion Deutschlands ist bekanntlich durch Zwangsgesetze in der Uebergangsperiode geregelt. In der Reichswirtschaftsstelle für Textilwirtschaft ist eine Behörde und in den diversen Wirtschaftsstellen für die einzelnen Fasergruppen sind Selbstverwaltungskörper gebildet worden. Anfänglich hat man die Arbeiter aus diesen Selbstverwaltungskörpern ganz ausgeschlossen. Nach der Revolution wurden Arbeitervertreter in alle Instanzen aufgenommen, aber nicht in der gleichen Zahl, wie es bei den Unternehmern der Fall ist. An der Geschäftsführung der Reichswirtschaftsstelle waren sie überhaupt nicht beteiligt. In der Wolle sitzen z. B. neben 100 Unternehmern 6 Arbeiter und Angestellte. Aehnlich sieht es in allen übrigen Wirtschaftsstellen aus. Die Arbeiterorganisationen verlangten wiederholt paritätische Zusammensetzung. Sie wurde vor 3 Monaten uns zugesprochen. Bis heute ist noch nichts geschehen. In einigen Wochen finden Neuwahlen statt. Sollen auch sie wieder unter Ausschaltung der Parität getätigt werden? Wir fragen die Regierung:

Soll die Zurücksetzung der Arbeiterorganisationen in den Textilwirtschaftsstellen des Reiches und der Reichsstelle für Textilwirtschaft noch länger geübt werden?

Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Das Streikfieber und seine Ursachen.

Alle Staaten der kapitalistischen Welt werden von einem heftigen Streikfieber geschüttelt. Politische und wirtschaftliche Streiks wechseln miteinander ab. Durch den Krieg ist das wirtschaftliche Leben aller an demselben beteiligten Staaten in seinen Grundfesten stark erschüttert. Ein neues Wirtschaftsleben unter neuen politischen Bedingungen soll sich bilden. Die neue werdende Wirtschaft sucht sich unter neuen Bedingungen eine neue Grundlage, auf welcher die Staaten und aber auch die Bevölkerungsklassen ihre Beziehungen zueinander regeln. Dieses alles vollzieht sich unter den Wehen einer Neuen gebärenden Zeit.

Nach einem Bericht des New-Yorker Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung" waren beim Bundesarbeitsamt in Amerika gegen Ende September 1919 211 Streiks als im Gange gemeldet, und noch 63 standen in Aussicht. Diese Erscheinung ist international, sie tritt uns in England, Frankreich und Deutschland usw. entgegen.

Die Streiks finden zunächst ihre Nahrung in der wirtschaftlichen Umwälzung und Umwertung aller Werte, die sich in den Kriegsjahren vollzogen haben. Die Teuerung ist eine internationale Erscheinung und deshalb die Kämpfe überall! Während des Krieges haben die wirtschaftlichen Kämpfe in fast allen kriegführenden Staaten bis zu einem gewissen Grad geruht, und infolgedessen sind die Löhne den Preissteigerungen für alle Lebens- und Bedarfsartikel nicht gefolgt. Es besteht deshalb ein großes Manko auf seiten des Arbeitslohnes. Die Preise sind um das Zehnfache, die Löhne aber nur um das Dreieinhalbfache gestiegen. Die Preise aber steigen fortgesetzt weiter. In Deutschland ist die preissteigende Tendenz besonders auffällig. Dazu kommt noch, daß Deutschland, wenn es seine Werte auf dem Weltmarkt nicht mehr verschleudern will, infolge der niedrigen Valuta besondere höhere Preise für das Ausland berechnen muß. Die Folge davon ist, daß der Preis für den Außenhandel sehr bald zum Inlandspreis werden muß, weil das Inland selbst hohen Bedarf an allerlei Erzeugnissen hat. Der Weltmarktpreis ist, wenn er nicht durch Zölle beeinträchtigt wird, bestimmend für den Inlandpreis. Die Preissteigerung selbst ist zurückzuführen auf die ungeheure Vernichtung und den Stillstand der Erzeugung von Gütern aller Art während des Krieges. Es ist in allen Staaten ein Manko an Gebrauchs- und Bedarfsgütern vorhanden. Dieses mußte eine preissteigende Tendenz ausüben. Es ist auch für die nächste Zukunft gar nicht daran zu denken, daß ein Abbau der Preise eintreten kann. Nur das Gegenteil wird der Fall sein.

Die Verteuerung der Lebenshaltung wirkt auf die Lohnfrage, und es ist eine Lebensnotwendigkeit für die arbeitende Bevölkerung, daß die Löhne entsprechend den Preisen für alle Lebens- und Bedarfsartikel erhöht werden. Die Arbeiterschaft hat schon in Vorkriegszeiten von der Hand in den Mund gelebt und ist durch die gegenwärtigen Verhältnisse auf ein äußerstes Lebensminimum herabgedrückt worden. Hier liegen also zunächst die Reibungsflächen für die wirtschaftlichen Kämpfe. Die Preisbildung ist fortgesetzt in Fluß; deshalb auch die Frage des Arbeitslohnes. Die Tarifverträge, welche früher ein bis zwei Jahre liefen, werden gegenwärtig nur auf wenige Monate abgeschlossen.

Die Stellung der Unternehmer zur Lohnfrage ist genau so wie vor dem Krieg. Sie kann nicht anders sein, weil die Produktionsweise dieselbe geblieben ist. Sie wollen möglichst wenig Lohn zahlen. Nur kurz nach der Revolution waren die Unternehmer den Lohnforderungen der Arbeiterschaft etwas zugänglicher. Seit aber die Revolution „abgebaut" und die Unternehmer allerlei Schutz genießen durch die Regierung, sind sie den berechtigten Forderungen der Arbeiter keineswegs mehr zugänglich, sondern wollen anstatt Lohnaufbau Lohnabbau betreiben. Hier liegt einer der Brennpunkte der gegenwärtigen Kämpfe, die überall in der kapitalistischen Welt in Erscheinung treten. Durch das große Geschehen der Gegenwart wurde die Gesellschaft bis in ihre Tiefen hinab aufgewühlt. Die ganze Gesellschaft wurde durcheinandergeschüttelt. Elemente, die vor der Revolution in keiner Weise an den wirtschaftlich-politischen Kämpfen teilgenommen haben, greifen jetzt in draufgängerischer Art und Weise in diese Kämpfe ein. Auch wurden durch die Revolution große Schichten der Bevölkerung, die früher in ihrer wirtschaftlichen Betätigung beengt waren, aus dieser Beengung befreit. Ferner ist noch der Zustrom von früher bürgerlichen Elementen zu beachten, die im Kriege proletarisiert worden sind. Diese neu an den wirtschaftlichen Kämpfen beteiligten Massen sind

Der Zukunftsstaat.

VIII.

Die Textilindustrie. Die Bekleidungsindustrie.

I. Die Textilindustrie.

Was die Wolle anlangt, so war die deutsche Eigenproduktion vor dem Kriege ebenfalls auf ein Minimum herabgesunken; da Deutschland 1910 nur 5,7 Millionen Schafe besaß gegen rund 30 Millionen im Jahre 1861. Die Schafzucht war im Individualstaat infolge der australischen, argentinischen, südafrikanischen Wollkonkurrenz unrentabel geworden. Für die Zukunft ist wiederum mit der umgekehrten Entwicklung zu rechnen! Die Einfuhr an Rohwolle betrug 1912 und 1913 im Durchschnitt 197,9 Millionen Kilogramm. Nun war dies „Schmutzwolle", die „gewaschen" rund die Hälfte des Gewichts einbüßt, das heißt auf etwa rund 99 Millionen Kilogramm sich verringern würde, entsprechend der Produktion von 66 Millionen Schafen zu 1,5 Kilogramm „gewaschener Wolle" von einem Schaf. Die Mehreinfuhr an Kamm- und Streichgarn betrug 3,76 Millionen Kilogramm, die Mehreinfuhr an Merino- und Kreuzzuchtkammzug 8,6 Millionen Kilogramm. Dazu kam eine Mehreinfuhr von 1 Million Kilogramm an Teppichen. Insgesamt hatten wir eine Mehreinfuhr an gewaschener Wolle, Kammzug, Garn und Teppichen von 99 + 8,6 + 3,8 + 1,0 = 112,4 Millionen Kilogramm. Die Ausfuhr an reinwollenen Geweben und Stückwaren sowie an fertigen Kleidern und der Wolleanteil in den ausgeführten „halbwollenen" Zeugen betrug rund 31 Millionen Kilogramm, so daß rund 81,4 Millionen Kilogramm an „gewaschener" Wolle entsprechend der Wollproduktion von rund 54 Millionen Schafen zu decken wären, das heißt zuzüglich der 5,7 Millionen einheimischer Schafe müßten in Deutschland 60 Millionen Schafe gehalten werden, wenn der Verbrauch an Wollzeug sich auf der Höhe des Verbrauches in den letzten Vorkriegsjahren halten sollte.*) Das sind etwas zu hohe Anforderungen an die künftige deutsche Schafzucht, und es entsteht die Frage, ob dieser hohe Wollbedarf nicht herabzudrücken ist. Im Kriege haben wir ja gelernt, uns mit allerlei Surrogaten zu behelfen, auch für Wolle ist sehr viel Shoddy und Mungo, Kunstwolle aus wollenen Lumpen, verwendet worden. Popper-Lynkeus (a. a. O., S. 612, 613) schlug bereits 1906 die „Regenerierung" der Faserstoffe durch Wiederverwendung der in den getragenen Kleidern enthaltenen Wollfaser vor, indem er erklärt, es müßte die gesetzliche Verpflichtung ausgesprochen werden, daß ein jeder seine abgetragenen Anzüge an den Staat zurückliefert. Popper-Lynkeus meint, die getragenen Anzüge würden zunächst 80 Proz. Lumpenwolle liefern, aber die Wolle könne bis zu sechs Kreisprozesse durchmachen unter steigendem Zusatz von Naturwolle. Wir wollen uns mit drei Kreisprozessen begnügen (im Kriege ist man meines Wissens bis zu drei bis vier Kreisprozessen gegangen): das erstemal hätte man dann 80, das zweitemal 64, das drittemal 51 Proz. der ursprünglichen Wolle, zusammen also 195 Proz. Lumpenwolle oder beinahe das Doppelte von der ursprünglichen Naturwolle. Dazu kommt aber noch, daß Kammgarnanzüge, die in der Regel auf beiden Seiten gleich aussehen, gewendet werden können, was wir auch erst im Kriege in größerem Umfang auszuführen gelernt haben. Die Tuchanzüge können allerdings in der Regel nicht gut gewendet werden, weil die Innenseite meist zu unansehnlich ist. Doch dürfte auch da eine Aenderung möglich sein. Die Lumpenwollzeuge könnte man, insbesondere bei der zweiten und dritten Regenerierung, dadurch haltbarer machen, daß man beim Weben als „Kette" Leinengarn nimmt, nur als „Schuß" Wollfäden bzw. Fäden aus Lumpenwolle. Man hätte alsdann zum Beispiel bei 60 Millionen Kilogramm „gewaschener" Wolle oder 54 Millionen Kilogramm als Anfangswollgarn für reinwollene Zeuge bei der ersten Regenerierung 54 — ⅓ × 54 = 43,2 Millionen Kilogramm, bei der zweiten Regenerierung 34,6 Millionen Kilogramm Wollgarn und ebensoviel Leinengarn nötig, bei der dritten 27,6 Millionen Kilogramm Wollgarn und 27,6 Millionen Kilogramm Leinengarn. Zusammen hätte man für die zu regenerierenden Wollstoffe zur Verfügung 43,2 Millionen Kilogramm reine Lumpenwolle erster Regenerierung und 2 (34,6 + 27,6) = 124,4 Millionen Kilogramm Stoff zweiter und dritter Regenerierung. Nach der dritten Regenerierung könnten die übriggebliebenen abgetragenen Kleider noch zu Lumpenwolle verarbeitet und zu Teppichen unter Hanfzusatz verwebt werden.

Man hätte im ganzen an Woll- und gemischtem Garn zu wollenen Zeugen und Wirkwaren 54 + 43,2 + 124,4 = 221,6 Millionen Kilogramm, darunter 62,2 Millionen Kilogramm Leinengarn zur Verfügung. Bei der Preisbemessung der fertigen Kleider könnte in der Weise verfahren werden, daß zum Beispiel ein Männeranzug aus reiner Wolle auf Seidenfutter im Durchschnitt mit 150 Mk. bewertet wird (gerade wie vor dem Kriege auch), bei der ersten Regenerierung auf Halbseide mit 80 Mk., bei der zweiten und dritten auf Leinenfutter zu 60 und 45 Mk.

*) Behauptungen, wie die von Popper-Lynkeus (a. a. O., S. 610), daß ein Schaf nur 1,5 Kilogramm an Schmutzwolle ergebe, sind irrig, ebenso seine Folgerung, daß man mindestens 200 Millionen Schafe brauche, um die deutsche Schafwolleinfuhr zu bestreiten. So viel Schafe hatten ja um 1910 Australien, Argentinien, Südafrika gerade zusammengenommen, diese Länder haben aber zugleich die sehr bedeutende englische und französische Wollindustrie mit Rohwolle versorgt, auch Amerika, Rußland und Oesterreich lieferten sie Wolle. Popper Lynkeus hätte übrigens aus der argentinischen Statistik, die auszugsweise im „Statistical Abstract for the foreign countries" wiedergegeben ist, ersehen können, daß Argentinien (ebenso Uruguay) 2,7 Kilogramm Wolle auf je 1 Schaf ausführt.

vielfach zum treibenden Element geworden. Ihr Handeln wird nicht von dem kühl abwägenden Verstand, sondern instinktiv von dem Gefühl bestimmt und beeinflußt. Die Kämpfe werden dadurch erweitert und vermehrt. Diese neu gewonnenen Massen werden erst allmählich dazu erzogen werden können, sich einzuordnen in die gewerkschaftliche Disziplin, damit der proletarischen Kräftevergeudung in wirtschaftlicher und auch politischer Hinsicht vorgebeugt werden kann.

Daß die wirtschaftlichen Kämpfe auf die am Kriege beteiligten europäischen Staaten und ihre Volkswirtschaft, besonders auf Deutschland, einen ungünstigen Einfluß ausüben, ist ganz natürlich. Die deutsche Volkswirtschaft ist durch den Krieg zugrunde gerichtet. Durch den Friedensvertrag von Versailles wird Deutschland gegenüber anderen Staaten ungeheuer belastet. Milliarden sollen jährlich aus der deutschen Volkswirtschaft zur Erfüllung des Friedensvertrages herausgeholt werden. Der Aufbau der eigenen Volkswirtschaft, die Aufbringung der Mittel für Arbeitslose, Kriegswitwen und Waisen, Kriegsverletzte usw. erfordern ungeheure Mittel. Dies soll alles aus der Arbeit herausgeholt werden. Dabei wird unsere Industrie durch allerlei Schwierigkeiten in der Kohlen- und Rohstoffbeschaffung in der ungünstigsten Weise beeinflußt.

Aber alle diese Schwierigkeiten geben diesen Kämpfen neue Nahrung, obwohl jede Minute Stillstand der Produktion, jeder Streik unter solchen Verhältnissen die denkbar ungünstigste Wirkung im Sinne der kapitalistischen Produktion ausüben muß und den Aufbau des neuen Wirtschaftslebens verzögere, wenn nicht gar in Frage stellen muß, soweit man ihn nach bestimmten kapitalistischen Grundsätzen fördern will.

Der Kapitalismus hat durch sein imperialistisches Streben den Weltkrieg gezeitigt, der Weltkrieg wiederum hat eine Situation geschaffen, in welcher die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital in der schärfsten Form hervortreten müssen. Dies tritt in Deutschland als besiegtem Lande um so mehr in Erscheinung. Der deutsche Arbeiter soll in Zukunft nicht nur für den Kapitalismus des eigenen Landes fronden. Diese Belastung ist eine ungeheuerliche für den deutschen Arbeiter und für die deutsche Volkswirtschaft. Es wird und muß das Bestreben der Arbeiter sein, sich dieser Last zu entledigen. Je mehr sich die Verhältnisse konsolidieren, um so mehr wird der Arbeiter den Druck des Kapitals fühlen. Dieser Druck muß zu gewaltigen Kämpfen führen.

Die Ursache zu den verschärften wirtschaftlichen Kämpfen liegt in den Verhältnissen, die der Kapitalismus durch den Weltkrieg geschaffen hat. Aus ihnen heraus sind sie entstanden. Es ist dies das eherne Muß der sich vollziehenden Geschichte. Die Kämpfe sind revolutionäre Erscheinungen, die nicht früher auf ein bestimmtes Maß zurückgeführt werden können, als bis die neue werdende politische und wirtschaftliche Konstellation ihren Ausdruck gefunden haben wird. Erwägungen, ob unter diesen Kämpfen der Aufbau des neuen Staats- und Wirtschaftslebens möglich ist oder nicht, treten für die aufstrebende Klasse in den Hintergrund. Der Arbeiter will leben, und deshalb ist für ihn erste Bedingung, soviel an Lebens- und Bedarfsgütern zu erhalten, daß ihm Lebensmöglichkeit gewährleistet ist. Die Wirtschaftsform wird sich deshalb nicht nach dem Willen einzelner, sondern letzten Endes nur nach den ökonomischen Triebkräften und den Lebensnotwendigkeiten der zukünftigen Gesellschaft gestalten. Die Kämpfe werden die Gesellschaft formen.

Gegen die Streiks können deshalb Gewaltmaßnahmen, wie sie bei uns in Deutschland und in der übrigen kapitalistischen Welt in Anwendung gebracht werden, nichts ausrichten. Auch das gute Zureden hilft hier nichts. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist dafür so reich an Beispielen, daß es nicht notwendig ist, sie hier besonders aufzuführen. Die Entwicklung macht nicht Halt, weil dies im Interesse der einen oder anderen Gesellschaftsklasse, eines Staatswesens oder bestimmter regierender Kreise liegt. Es ist dies zwar eine alte hausbackene Wahrheit. Es muß aber ausgeführt werden, weil man glaubt, die Geschicke der Völker mit Gewaltmaßnahmen leiten zu können. Es muß sich hier mit Naturnotwendigkeit das vollziehen, wofür der Kapitalismus und der Weltkrieg den Weg bereitet haben.

Wir stehen an der Schwelle einer neuen Zeitepoche, die nur in Schmerzen geboren werden kann.

Preisausgleich mit dem Weltmarktpreis?

Wir sind Freihändler. Das heißt, wir wünschen, daß unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen alle aus dem Auslande eingeführten Waren uns ohne Zollbelastung und unter der Wirkung des freien Wettbewerbs zum Verbrauch zugänglich gemacht werden. Hätte bei uns immer Freihandel geherrscht, so hätten wir unser Brot und unser Fleisch vor dem Kriege billiger gehabt als es für uns war; in England, wo Freihandel herrschte, und welches fast ganz auf die Einfuhr fremden Getreides angewiesen war, war das Brot billiger als bei uns, wo das eingeführte Getreide zugunsten unserer Landwirte mit einem Zoll belegt wurde, um dessen Betrag natürlich auch das heimische Getreide im Preise erhöht werden konnte, ohne daß es aber von dem ausländischen erdrückt wurde. Wenn aber jetzt, wo wir unter anormalen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, von freihändlerischer Seite dem schrankenlosen Freihandel und der freien Konkurrenz das Wort geredet wird, so ist das etwas, dem wir unbedingt widersprechen müssen; wenigstens was die freie Konkurrenz betrifft, die, nicht wie früher, dadurch zur Geltung kommen soll, daß die Preise, die man als verhältnismäßig hoch bezeichnen kann, sich den verhältnismäßig niedrigen anpassen sollen, sondern daß die niedrigen den hohen angepaßt werden sollen. Wir glauben, daß bei uns alles äußerst hoch im Preise stehe und jammern über die Teuerung, die die Arbeiter zwingt, immer wieder neue Lohnforderungen zu stellen. Nach dem, was jetzt aber die Anhänger der ungebundenen Wirtschaft verlangen, müßten wir noch viel mehr Lohn fordern, damit die Preise unseres Arbeitserzeugnisses so weit erhöht werden müßten, daß sie den Warenpreisen des Auslands gleichkämen. Danach sind also die Preise im Auslande noch höher als sie bei uns sind. Und das ist in der Tat so. Es ist aber nur so, weil unser Geld oder, richtiger gesagt, unsere papierenen Zahlungsmittel so niedrig im Kurse stehen, daß die Papiermark nur noch 12½ Pf. im Auslande gilt. Eine Ware, die bei uns selbst 100 Mk. kostet, was viermal soviel sein kann, wie sie vor dem Kriege kostete — manchmal ist es sogar zehnmal soviel —, kostet, wenn sie von uns ins Ausland gebracht wird, dort nun nicht 100 Mk., sondern nur 25 Mk. und erscheint dem Auslande nur deshalb so billig, weil dieses unser Geld, mit dem es die Ware bezahlen kann, achtmal billiger kaufen kann als es vor dem Kriege der Fall war. Sobald unser Geld im Werte wieder steigt, steigt auch der Auslandspreis unserer Waren. Das hat den Nutzen für uns, daß wir für unsere Waren im Auslande mehr Auslandsware eintauschen könnten oder daß wir mit dem aus dem Verkauf unserer Waren im Auslande erzielten Gelde mehr fremde Waren einkaufen könnten. Und darauf zielt das gegenwärtige freihändlerische, jeder Zwangswirtschaft abholde Bestreben ab; es soll zur Hebung unserer Valuta beitragen und uns aus der gegenwärtigen Finanzklemme befreien.

Angenommen, daß wir damit unsere Valuta verbessern könnten, so ergäben sich aus der Annäherung unserer Preise an die Weltmarktpreise aber doch wieder eine Reihe Unzuträglichkeiten, die uns in neue finanzielle Bedrängnis brächten, die nicht geringer wäre, als die jetzige und nur die volkswirtschaftliche Wirkung hätte, daß die Unternehmer in Industrie, Landwirtschaft und Handel wohl größere Gewinne erzielten, die übrigen Volkskreise aber alle unter der so künstlich verschärften Teuerung zunächst leiden müßten. Sie würden ja zwar dann bald mehr Lohn verlangen und auch bekommen müssen, doch würden dann alle Bedarfsartikel in dem Maße der Lohnerhöhung im Preise steigen, so daß immer wieder nur, wie jetzt auch schon, die ersten sich schadlos halten könnten, wogegen die letzten enorm geschädigt wären.

Doch betrachten wir näher, wohin wir mit der Annäherung unserer Preise an die Weltmarktpreise kämen; mit einer Maßnahme, die besonders neuerdings von dem Abgeordneten Gothein warm empfohlen wird.

Ein Volkswirtschaftler wirft die Frage auf: Was bedeutet gerade beim Brot die Annäherung an den Weltmarktpreis, wie sie Gothein verlangt? Und er antwortet: Das von Amerika eingeführte Mehl kostet der Reichsgetreidestelle pro Kilo ungefähr 4,50 Mk. Der Preis kommt auf diese Höhe, weil die Valutadifferenz das Fünffache des eigentlichen Preises erfordert. (Jetzt schon das Achtfache. D. Red.) Wir hätten mithin sonst einen Weltmarktpreis von 0,90 Mk. das Kilo. Unser inländisches Mehl wird nach der neuen Preisbestimmung ungefähr 0,70 Mk. pro Kilo kosten. Wir wären also nicht weit entfernt vom Weltmarktpreis, denn die Differenz, die noch besteht, bilden im wesentlichen Transportspesen. Nun verlangt der liberale Freihandelstheoretiker allmähliche Anlehnung an den Weltmarktpreis von 4,50 Mk. Das würde bis zum vollständigen Ausgleich einen Preis für das 4½-Pfund-Brot, das gegenwärtig in Berlin gegeben wird, einen Preis von 11,25 Mk. bedeuten; gegenüber der jetzigen Preislage von 1,95 Mk., die vom Magistrat festgesetzt ist, würde eine fünfköpfige Familie an Brot allein in der Woche 56,25 Mk. auszugeben haben. Man braucht nur diese Summe zu nennen, um sich das ganz Unverständliche dieser liberalen Forderung zu vergegenwärtigen. Aber Herr Gothein verlangt, wir müssen allmählich die Anlehnung an diesen Weltmarktpreis vollziehen. Darf man annehmen: vielleicht in der Weise, daß monatlich der Brotpreis — sagen wir — um eine Mark erhöht wird? Wir hätten dann also rund neun Monate lang eine Brotpreiserhöhung von einer Mark jeden Monat durchzusetzen. Angenehme Aussichten für die Regierung, deren „politischer Weitblick" wohl kaum irgendwo Verständnis finden würde. Denn was diese fortgesetzte Preissteigerung für Folgen an politischer Aufreizung, an Lohnbewegungen zeitigen müßte, braucht hier nicht dargelegt zu werden.

Aber nun die Rückwirkung auf die Produzentenkreise. Die Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel um ungefähr das Fünffache wäre so unmäßig, daß keine Regierung diese Verantwortung übernehmen kann und sicherlich auch in den verständigen Kreisen der Landwirtschaft gegen eine so ungesunde Gestaltung der Wirtschaftslage Einspruch erhoben würde. Die weitere Folge wäre, daß bei dieser ganz künstlichen Preissteigerung die Kaufkraft des Geldes im Inland abermals erheblich sinkt, der Umlauf der Zahlungsmittel sich um ein Vielfaches steigern würde und damit erst Erschütterungen im Wirtschaftsleben eintreten müßten, die alles bisher Dagewesene überschreiten. Herr Gothein wendet sich gegen die Zuwendung der Preissenkung für Lebensmittel aus Staatsmitteln. Gewiß hat diese Zuweisung ihre sehr bedenklichen Seiten. Wenn er dagegen erklärt, daß die natürliche Verteuerung der Lebenshaltung durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen werden müsse, so würde sich dabei die Belastung der Reichskasse, der Einzelstaaten und der Kommunalverbände kaum geringer gestalten, als die Aufwendungen heute aus Reichsmitteln. Das Beispiel, daß England und Frankreich Preissenkung für Brot gleichfalls vorgenommen haben, behagt Herrn Gothein nicht, er glaubt, daß diese Staaten nicht lange mehr diesen Zustand aufrechterhalten. Gerade dieses Beispiel ist für uns außerordentlich lehrreich. Beide Staaten zahlen nicht annähernd den hohen Preis für Getreide auf dem Weltmarkt wie wir, weil ihre Valuta sehr viel günstiger steht als die deutsche. Dennoch gewährt Frankreich zur Senkung der Brotpreise einen jährlichen Zuschuß von 1½ Milliarden Frank und England senkt den Brotpreis auf zwei Drittel des natürlichen Wertes. Wenn diese Staaten im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation sich zu solchen Maßnahmen gezwungen sehen, so läßt sich die Forderung für Deutschland noch viel nachhaltiger begründen.

In einem zweiten Beispiel, das Herr Gothein anführt, kommt er auf unsere Kohlenpreise und will auch diese auf den Weltmarktpreis bringen. Ob diese Doktor-Eisenbart-Kur unsere deutsche Industrie aushalten kann, erscheint sehr fraglich. Wir werden gute amerikanische Steinkohle zum Preise von 800 Mk. die Tonne beziehen können, das heißt um das Zehnfache des Inlandpreises. Kommen nun für unsere Industrien noch die Erhöhungen der Rohstoffe hinzu, so würde sie sehr schnell die günstige Stellung für den Export verlieren. Die Hoffnung, daß durch einen vermehrten Export und damit eine bessere Handelsbilanz unsere Schulden im Ausland schneller abgetragen würden, ist eine arge Täuschung; im Gegenteil, das Schuldverhältnis könnte drückender werden. Wir würden uns bei langsamer Abtragung einer Schuld durch den Export und ihrem gleichzeitigen Anwachsen durch hohe Preisgestaltung auf dem Inlandsmarkt nur im Kreise drehen. Die liberale Wirtschaftstheorie in ihrer Reinheit, wie sie von Herrn Gothein und einigen seiner Partei vertreten wird, paßt nicht für die gegenwärtige Zeit. Die Herren übersehen, daß in unserem Wirtschaftsleben Umwandlungen sich vollzogen haben, die durch ihre alten ehrbaren Theorien nicht zu beseitigen sind.

Die Rechte der Kriegsgefangenen.

III.

Auch im Prozeßverfahren, wenigstens als Gläubiger und Schuldner, hat der Kriegsgefangene anderen Staatsbürgern gegenüber manchen Vorteil — durch das sogenannte Kriegsteilnehmerschutzgesetz vom 4. August 1914. Gegen den Kriegsgefangenen schwebende Prozesse kamen mit seiner Einziehung zum Stillstand. Wär er wegen einer Forderung verklagt, so ruhte die Klage bis zu seiner Entlassung aus dem Heeresdienst bzw. aus der Gefangenschaft. Diese Schonung ist nun mit seiner Entlassung zu Ende. Wird er aber nun zur Zahlung verurteilt, so kommt ihm immer noch der erhöhte Schuldnerschutz des ehemaligen Kriegsteilnehmers zugute. Es müssen ihm günstigere Zahlungsfristen als anderen Schuldnern bewilligt werden und dergleichen mehr. Gegen Zwangsvollstreckungen ist der Entlassene insofern gesichert, daß die sonst dem Schuldner zu bewilligende Zahlungsfrist von drei Monaten auf sechs Monate ausgedehnt werden kann.

Für die Sozialversicherung ist wichtig, daß die meisten der zurückkehrenden Kriegsgefangenen in irgendeiner Beziehung zu ihr stehen. Daraus ergibt sich, daß sie leicht etwas zu tun unterlassen könnten, was sie unbedingt tun müssen, wenn sie sich auf dem Gebiete der Sozialversicherung vor Schaden bewahren wollen. Wer in Arbeit tritt, wird dadurch versicherungspflichtig und so Mitglied einer Krankenkasse. Für alle anderen aber entsteht die Frage: Bin ich noch Mitglied der Kasse, der ich vor meiner Einziehung zum Heeresdienst angehörte, und für den Fall, daß ich die Mitgliedschaft verloren habe, wie erwerbe ich sie wieder? Wir wollen hier gleich die Antwort geben. Zunächst müssen wir uns aber fragen: Welcher Kriegsgefangene hat bei seiner Entlassung noch die Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse? Und die Antwort wird verschieden sein, je nachdem der Kriegsgefangene bei seinem Eintritt ins Heer Pflichtmitglied oder freiwilliges Mitglied einer Krankenkasse war. Als freiwilliges Mitglied konnte er sich durch Zahlung der Beiträge die Mitgliedschaft erhalten. Tat er es nicht, so gibt es nun nur die versicherungspflichtige Beschäftigung oder die unter Umständen zugelassene Selbstversicherung, um wieder Mitglied zu werden. War er aber Zwangsmitglied, so kann ihm eine sogenannte Nacherkrankung bei Erwerbslosigkeit wieder zur Mitgliedschaft verhelfen, denn es heißt im § 214 der Reichsversicherungsordnung:

Scheiden Versicherte wegen Erwerbslosigkeit aus, die in den vorangegangenen zwölf Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen versichert waren, so verbleibt ihnen der Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Der Anspruch fällt aber weg, wenn der Erwerbslose sich im Auslande aufhält und die Satzung nichts anderes bestimmt.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob für Kriegsgefangene die Rechte aus dieser Vorschrift gar nicht praktisch werden könnten, da ja bei ihnen ein Aufenthalt im Ausland vorgelegen hat und die Gefangenschaft auch oft länger als ein Jahr dauerte, also eine versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb des letzten Jahres in diesem Falle nicht möglich war, auch die Dreiwochenfrist vorüber zu sein scheint. Doch durch verschiedene Kriegsverordnungen sind hier grundlegende gesetzliche Aenderungen vorgenommen. Infolgedessen hat die Vorschrift für heimkehrende Kriegsgefangene eine sehr weitgehende praktische Bedeutung erlangt. Viele von ihnen werden dadurch in der Lage sein, Ansprüche an Krankenkassen zu haben, obwohl die Frist von 3 Wochen nach dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht, innerhalb deren der Krankheitsfall eingetreten sein muß, in allen Fällen gilt. Die neue Rechtslage für die Kriegsgefangenen aus der Verbindung dieser abändernden Kriegsverordnungen und des ursprünglichen Gesetzeswortlautes ist folgende:

a) Es ist nötig „Ausscheiden aus der Versicherungspflicht infolge Erwerbslosigkeit". Hierzu gehört auch das Ausscheiden infolge Einziehung zum Heeresdienst, wie das Reichsversicherungsamt ausdrücklich entschieden hat.

b) Versicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 26 Wochen in den vorangegangenen zwölf Monaten oder von mindestens 6 Wochen unmittelbar vorher.

Das soll heißen, daß die 26 Wochen auch unzusammenhängend innerhalb des vor dem Ausscheiden liegenden Jahres zurückgelegt sein können, also mit Lücken, während 6 Wochen Vorbeschäftigung genügen, wenn sie ohne Lücken zusammenhängend unmittelbar vor dem Ausscheiden zurückgelegt sind.

Durch eine Bundesratsverordnung vom 16. November 1916 ist ausgesprochen, daß die Zeiten von Militär-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten hierbei nicht miteingerechnet werden; zu solchen Diensten gehören aber die in der Kriegsgefangenschaft verrichteten, und die in diesen verbrachten Zeiten gehören zu den Zeiten von Militär-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten.

In derselben Weise wie Militär-, Sanitäts- und ähnliche Dienste wird auch eine Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt, bei Anwendung des § 214 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung auf die Zeit vor dem Ausscheiden aus der Versicherung nicht angerechnet.

In diesen beiden oben genannten Vorschriften über die Nichtanrechnung der Militär-, Sanitäts- und ähnliche Dienste und der Erwerbslosigkeit in dem geschilderten Umfang auf die Zeit vor dem Ausscheiden aus der Krankenversicherungspflicht liegt die große Bedeutung, die § 214 dadurch für die Kriegsgefangenen erlangt. Denn vielen von ihnen, die nach ihrer Rückkehr zunächst sich versicherungspflichtig beschäftigt haben und dann erwerbslos werden und erkranken oder auch nach ihrer Rückkehr zunächst bis zu 6 Wochen erwerbslos waren, sich dann aber versicherungspflichtig beschäftigt haben, wieder erwerbslos werden und dann erkranken, kann nun der § 214 zugute kommen. Denn die Vorbeschäftigung aus der Zeit vor der Nachkriegsbeschäftigung wird nun so angerechnet für die Berechnung nach § 214, als wenn diese Nachkriegsbeschäftigung von der Vorkriegsbeschäftigung nicht durch Kriegsdienst und Gefangenschaft und etwaige bis zu sechs Wochen betragende Erwerbslosigkeit unterbrochen wäre.

Bei veralteten Ansprüchen auf Krankengeld ist darauf zu achten, ob schon Verjährung eingetreten ist oder nicht. Ein Kriegsgefangener kann schon während seiner Gefangenschaft, auch schon während der Militärzeit vorher Ansprüche auf Krankengeld erworben haben, die er aber nicht geltend gemacht hat. Dabei ist auch zu beachten, daß Krankengeld auch dann von der Krankenkasse beansprucht werden kann, wenn die Militärverwaltung ein Lazarettheilverfahren durchführt. So hat das Reichsversicherungsamt entschieden. Wenn nun ein Soldat 3 Wochen nach seiner Einziehung zum Heeresdienst erkrankte und ins Lazarett kam, so hat er nach § 214 der Reichsversicherungsordnung Anspruch auf Krankengeld. Gerät er in dieser Zeit in Gefangenschaft, z. B. bei einem Ueberfall auf das Lazarett, so sind die Ansprüche auf Krankengeld ihm auch weiter verblieben, bis zum Ablauf der satzungsgemäßen Dauer des Krankengeldes. Er hat diese Ansprüche aber — vielleicht in Unkenntnis der Sachlage — nicht geltend gemacht. Das kann er nun aber nachholen, denn ein solcher Anspruch ist nicht verjährt, da auf Grund der §§ 2, 8 des Kriegsteilnehmergesetzes vom 4. August 1914 die Verjährung der Ansprüche von Kriegsgefangenen bis zu ihrer Entlassung gehemmt ist. Die Verjährung wäre übrigens auch für etwaige vorhergehende immobile Zeiten durch Kriegsgesetz verlängert (bis zum 31. Dezember 1919). Für die Erwerbung von Ansprüchen des Kriegsgefangenen an die Krankenversicherung ist es wichtig zu wissen, daß Renten aus der Krankenversicherung und aus der Militärversorgung unverkürzt nebeneinander bestehen.

Die Kindertuberkulose.

Herrscht die Tuberkulose mehr bei Kindern als bei Erwachsenen? Diese Frage wirft sich dem Leser angesichts der Ueberschrift gewiß auf. Und wir müssen die Frage damit beantworten, daß wir sagen: Ja, die Tuberkulose ist mehr bei Kindern als bei Erwachsenen heimisch, ja, ist sogar eine Kinderkrankheit. Wer sie in der Kindheit glücklich überstand, schafft sich dadurch Schutzkräfte, welche es der Tuberkulose später unmöglich machen, sich bei ihm einzunisten. Wie in dem Schriftchen „Das Kind"*), seine Erziehung und seine Pflege, zu lesen ist, erfolgt die erste Ansteckung in der Kindheit. Was wir später sehen, heißt es darin, ist allermeist nichts weiter als „das Ende vom Liede, das dem Kinde in der Wiege gesungen wurde".

In den Leichen von Kindern, die man auf tuberkulöse Veränderungen untersucht hat, hat man im ersten Lebensjahr nur wenig Veränderungen gefunden. Mit den Jahren steigt aber die Zahl der Veränderungen, ohne daß die Kinder an der Tuberkulose gestorben sind. Sie haben Tuberkuloseerreger in ihren Körper aufgenommen und beherbergt. Noch besser sieht man das, wenn man die Kinder nach einem Verfahren impft, das in dieser Form ganz unschädlich ist, dem Tuberkulinverfahren. Tuberkulin ist ein Stoff, der von den Tuberkelbazillen herstammt. Bringt man ihn auf die Haut, dann antworten alle die Menschen, die einmal die Bekanntschaft mit Tuberkelbazillen gemacht haben, mit einer leichten Rötung. Sie sind nicht alle tuberkulosekrank; die Reaktion zeigt nur an, daß sie irgendwann Tuberkelbazillen aufgenommen haben. Eine derartige Statistik in Wien ergab, daß Kinder im 1. Lebensjahr überhaupt nicht reagierten, Kinder im 2. Lebensjahre schon in 10 Prozent, im 3. Lebensjahre in 20 Prozent. So staffelt sich die Reaktion von Jahr zu Jahr. Von Kindern im 11. und 12. Lebensjahr reagierten schon 90 Prozent und darüber, d. h.: fast alle Menschen, die die Schwelle des Kindesalters überschreiten, überschreiten sie als Tuberkuloseangesteckte. Es gibt nach dem Verfasser kaum einen Europäer, der nicht eine Tuberkulose in der Kindheit durchgemacht hat. Solche Statistiken sind in vielen deutschen Städten gemacht worden, und überall zeigen sie dasselbe Bild. Das bedeutet: Die Tuberkulose ist eine Kinderkrankheit. Und wo die Tuberkulose herrscht, da machen fast alle Menschen in der Kindheit eine tuberkulose Ansteckung durch. Die Tuberkulose ist also eine Kinderkrankheit. Den, der sie in der Kindheit gehabt hat, der sie überwunden und in Schach gehalten hat, schützt sie aber gegen eine neue Ansteckung. Dieser Schutz beruht auf bestimmten Stoffen, die der Körper im Kampfe gegen die Tuberkelbazillen aufbringt. Diese Abwehrkräfte befähigen ihn, alle anderen Tuberkelbazillen, die er tagtäglich aufnimmt, zu vernichten. Danach gibt es also einen Schutz gegen Tuberkulose durch Ueberwindung einer Kindheitsansteckung, und dieser Schutz kann außerordentlich stark sein. Diesen Schutz nach Möglichkeit zu erhöhen und zu sichern muß danach unsere Hauptsorge sein; mittels seiner kann die Tuberkulose fast ganz unwirksam gemacht werden, denn sie ist, besonders beim Kinde, im Anfangsstadium sicher heilbar. Um auch Erwachsene vor Ansteckung zu schützen, wäre es danach sogar zu empfehlen, jedes Kind zunächst tuberkulös zu machen, zu heilen, es so mit Schutzkraft gegen spätere Ansteckungen zu versehen und es für das ganze Leben so gegen die Tuberkulose zu schützen. Das sagt der Verfasser zwar nicht, man kann es aber aus seinen belehrenden Darlegungen folgern. Doch wenn man diese Folgerung auch nicht ziehen und sie praktisch auch nicht anwenden will, so würde man in der Bekämpfung der Tuberkulose doch schon Erkleckliches leisten, wenn man nur befolgte, was Prof. Dr. Hans Much für die Schaffung wirksamen Schutzes gegen Ansteckung, überhaupt gegen das Aufkommen der Tuberkulose vorschlägt.

Da ist zunächst zu nennen, daß man nicht nötig habe, jede Ansteckung mit Tuberkulose zu vermeiden, sondern daß es mehr darauf ankommt, daß die Bekämpfung der Kindertuberkulose im richtigen Zeitpunkt einsetzt; durch Kinderbehandlung muß die Erwachsenentuberkulose ausgeschaltet werden. Es muß dahin kommen, daß die Lungenheilstätten für Erwachsene durch Kindertuberkulosebekämpfung immer mehr und mehr unnötig werden. Deshalb: Achtet auf die Drüsentuberkulose der Kinder, die Kindertuberkulose äußert sich meist in der Skrophulose. Sie möglichst schnell und früh zu erkennen, ist höchst wichtig für die Bekämpfung.

Als Mittel für die Bekämpfung nennt der Verfasser: Röntgenbestrahlung, Solbäder, Massage, künstliche Höhensonne, Freiluft und Lichtbäder, auch Einspritzungen und Einreibungen.

*) Von Prof. Dr. Hans Much in Hamburg. Flugschriften für das Volk. Verlag: Auer u. Co. in Hamburg.

Aus den Gewerkschaften.

Die gewerkschaftliche Stoßkraft des großen Metallarbeiterverbandes unter seiner neuen Leitung.

Die neue Leitung des Metallarbeiterverbandes hat an die Vorstände der Ortsgruppen ein längeres Rundschreiben ergehen lassen, in dem nachdrücklich gegen willkürliche Streiks Stellung genommen wird. Die Streiks hätten in den Kassen des Verbandes außerordentlich aufgeräumt. Es sei an der Zeit, von den Streiks so wenig wie möglich Gebrauch zu machen. Die Zahlstellen müßten alles daransetzen, Lohnbewegungen auf dem Vertragswege zum Ziele zu bringen. Vor allen Dingen sollen alle Einigungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Streiks bedürfen der Genehmigung des Hauptvorstandes. Wird das unterlassen, so ist das gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Streikunterstützung des Verbandes. Das Rundschreiben erklärt zum Schluß, die allgemeine Lage und die Finanzlage des Verbandes legen den Mitgliedern die Pflicht auf, von unerfüllbaren Forderungen abzusehen. Als solche werden besonders angeführt die Abschaffung der Akkordarbeit und die außerordentlichen Beihilfen.

Aus der Textilindustrie.

Ctl. Die Lage des deutschen Webstoffgewerbes. Die Kauflust der Verbraucher für alle Sorten von Webwaren hat trotz der Steigerung der Preise weiter zugenommen, es wird sehr rege Beschäftigung sowohl in den Woll- wie Halbwollwebereien, ebenso in den Baumwollfabriken gemeldet. Außerordentlich stark ist die Kauflust für Wirkwaren, in denen auch nicht im entferntesten der Nachfrage genügt werden kann. Die Seidenwarenfabriken sind voll beschäftigt und können neue Aufträge auch nur mit längsten Lieferzeiten und bei höheren Preisen annehmen. Aus der Juteindustrie wird besserer Geschäftsgang gemeldet. Die allgemeine Lage der Leinenindustrie ist unverändert.

Deutsche Regenschirme finden guten Absatz in Frankreich — durch englische Vermittlung. Die nachstehende Tatsache dürfte den deutschen Industriellen, insbesondere den Textilindustriellen, Gelegenheit zum Nachdenken geben. Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß eine französische Geschäftsfirma das Angebot einer Berliner Regenschirmfabrik, welche für jeden Regenschirm einen Preis von 8 Frank verlangte, aus patriotischen Gründen ablehnen zu müssen glaubte. Dieselben Regenschirme wurden an eben dieselbe französische Firma durch ein englisches Exporthaus mit 16 Frank für das Stück verkauft. Ein Kommentar ist überflüssig, nur das eine mag hinzugefügt werden, daß die französischen Seidenfabrikanten nicht in der Lage sind, genug Rohstoffe den französischen Schirmfabrikanten liefern zu können und daß daher die französischen Verbraucher auf ausländische Produkte angewiesen sind.

Französische Wirkwaren in Deutschland. Die deutschen Wirkwarenfabrikanten sind augenblicklich wegen Rohstoffmangel nicht in der Lage, der starken Nachfrage für ihre Erzeugnisse im Inlande genügen zu können. Deshalb darf es nicht wundernehmen, wenn das Ausland alle möglichen Versuche macht, um seine Waren in Deutschland abzusetzen. Aus Südfrankreich, insbesondere aus den Pyrenäen liegen bedeutende Offerten französischer Wirkwarenerzeuger vor. Die Versuche jedoch, die man mit dieser Ware gemacht hat, sind nicht ermutigend, und es steht außer Zweifel, daß die Wirkwarenindustrie Deutschlands ebenso wie im Auslande auch im Inlande das Feld weiter behaupten wird.

Versteigerung deutscher Wollen. Bezüglich des Stattfindens deutscher Schurwollenversteigerungen sind entgegen anderslautenden Nachrichten bisher bestimmte Termine noch nicht festgesetzt worden. Ebensowenig ist man sich darüber schlüssig geworden, ob diese Versteigerungen nur in Berlin oder auch in einzelnen Fabrikstädten abgehalten werden sollen.

Der Bezug ägyptischer Baumwolle für Europa. Während des Krieges und auch nach demselben konnten die europäischen Spinnereien, welche Makogarne herstellen, so gut wie gar nicht arbeiten, da die englische Baumwollspinnerei die ägyptische Baumwolle allein mit Beschlag belegt hatte. Erst jetzt ist es der Schweiz gelungen, bestimmte Mengen dieses Rohstoffes zu erhalten, nachdem den elsässischen Baumwollspinnereien solches gleichfalls zugeteilt war. Dagegen ist auf absehbare Zeit keine Aussicht vorhanden, daß Deutschland und Oesterreich ägyptische Baumwolle, welche übrigens außerordentlich teuer ist, erhalten. Selbst Italien soll nur ganz kleine Mengen davon empfangen haben.

Niedrigere Gewebepreise — in Polen. Während in allen Ländern die Gewebepreise fortgesetzt eine Steigerung erfahren, wird aus Warschau gemeldet, daß in den letzten Wochen eine Senkung der Preise für Gewebe eingetreten sei. Diese Tatsache wird damit begründet, daß die polnische Textilindustrie auf einmal von allen Seiten, insbesondere von Amerika, England und Frankreich, sehr stark mit Rohstoffen versehen wird. Im Zusammenhang damit muß allerdings betont werden, daß englische und amerikanische Finanz- und Handelskreise alle Anstrengungen machen, um einen Einfluß auf die polnische Textilindustrie auszuüben und in dieselbe einzudringen.

Soziale Rundschau.

Vorschläge für die Washingtoner Arbeitskonferenz.

Der Vorbereitende Ausschuß der Konferenz legte in Sachen des Achtstundentages ein Abkommen vor, das den Grundsatz der 48stündigen Arbeitswoche enthält. Er ist der Meinung, daß diese Fassung dem Achtstundentag vorzuziehen sei, weil sie elastischer wäre und die Sicherung eines allwöchentlichen Ruhetages erleichtere. Für gewisse Industrien, wie für Hochofenbetrieb müßten Abweichungen gestattet sein, nach denen die Arbeitswoche 56 bzw. 60 Stunden betragen könne. Hinsichtlich der Ueberzeitarbeit schlug der Ausschuß vor: Die Zahl der Ueberstunden sollte in den nächsten fünf Jahren auf 150, dann auf 100 im Jahr beschränkt werden. Die Ueberstunden müßten mit mindestens 25 Proz. über die gewöhnliche Lohnrate bezahlt werden. Dieser Zuschlag ist für alle Ueberstundenarbeit obligatorisch zu machen. Diese Abmachung sei nach dem Vorschlage des Ausschusses am 1. Juli 1921 in Kraft zu setzen.

Hinsichtlich der Kinderarbeit machte man einen Vorschlag, der die Verwendung von Kindern unter 14 Jahren überhaupt, und die Verwendung von Jugendlichen unter 18 Jahren (abgesehen von gewissen Ausnahmen) bei Nachtarbeit untersagt. Den Frauen sollte die Beschäftigung in Fabriken und Werkstätten mindestens vier Wochen nach der Niederkunft verboten bleiben. Dann sollten ihnen Wöchnerinnenunterstützung wenigstens sechs Wochen lang gewährt werden. Im übrigen wurde die Zustimmung zu den Satzungen der Berner Konvention von 1906 über die Nachtarbeit der Frauen vorgeschlagen.

Vermischtes.

Bei der Reichsbank

sind die Gesamtumsätze, die im Jahre 1916 die Ziffer von einer Billion oder 1000 Milliarden überschritten hatten, im Jahre 1917 auf mehr als zwei Billionen Mark gestiegen; sie betrugen nämlich 2 029 669 715 800 Mk., gegen 1 257 331 402 500 Mark im Vorjahre und 972 519 407 300 Mk. im Jahre 1915. Im Jahre 1917 wurde ein Gesamtgewinn in Höhe von 364 537 300 Mk. erzielt gegen 325 609 600 Mk. im Vorjahre und 273 144 929 Mk. im Jahre 1915. Die Verwaltungskosten beanspruchten davon 34 078 286 Mk. gegen 28 931 270 Mk. bzw. 26 488 221 Mk. Für die Anfertigung von Banknoten wurden 2 355 453 Mk., 2 622 167 Mk. und 3 066 877 Mk. verausgabt. Als Entgelt für den Fortfall der Notensteuer erhält das Reich 130 Millionen Mark gegen 114 300 000 Mk. im Vorjahre und ebensoviel vor zwei Jahren. Es verblieb für 1917 ein Reingewinn von 97 276 241 Mk. gegen 96 289 545 Mark und 106 482 331 Mk. Das Reich erhielt aus dem — bereits um 130 Millionen für Kriegsabgabe gekürzten — Reingewinn eine Kriegsgewinnsteuer von 44 068 355 Mk. gegen 43 328 333 Mk. und 50 972 922 Mk., schließlich noch nach den Bestimmungen des Bankgesetzes 32 835 520 Mk. gegen 32 662 848 Mk. und 34 446 586 Mk. Der an das Reich abgeführte Betrag beläuft sich demnach insgesamt auf 206 903 875 Mk. gegen 190 291 181 Mk. im Vorjahre und 199 719 509 Mk. 1915.

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Die Generalversammlung der Filiale Berlin wurde am 18. November 1919 in der „Königsbank" abgehalten. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal 1919. 2. Vortrag des Kollegen H. Rödel: Das Gesetz über die Betriebsräte, der Regierungsentwurf und der Entwurf der Arbeitsgemeinschaft für Angestellte. 3. Verschiedenes. Den Kassenbericht gab Kollege Schein. Bei einer Einnahme von 126 818,69 Mk. wurden an die Hauptkasse 13 779,47 Mk. abgeführt. Der Markenumsatz pro Mitglied und Quartal beträgt 10,22 Mk. Am Schlusse des Quartals sind 8479 Mitglieder vorhanden. Den Bericht vom Arbeitsnachweis erstattete Kollege Wintzen. An Arbeitsuchenden waren 205 männliche und 192 weibliche vorhanden. Gemeldete Stellen: 104 männliche, 205 weibliche; besetzte Stellen: 121 männliche, 106 weibliche, zusammen 237. Die Arbeiterausschüsse sollten darüber wachen, daß jede freie Stelle dem Arbeitsnachweis von seiten der Unternehmer gemeldet wird, damit Unliebsamkeiten bei der Besetzung der freien Stellen vermieden werden können. Die Vertrauensleute müssen bei der Einstellung sofort jeden Kollegen fragen, auf welchem Wege er die Arbeit erhalten habe, um gegen jede Umgehung des Nachweises sofort ernstlich Stellung nehmen zu können. — Nunmehr erhielt Kollege Hugo Rödel das Wort und führte folgendes aus: Die aktuellste Frage ist die Rätefrage. Als im November 1918 alles zusammenbrach, Throne und Dynastien, dachte man, daß auch der Kapitalismus zusammengebrochen wäre. Dem war aber leider nicht so. Das Unternehmertum war wohl in seinen Grundfesten erschüttert, aber noch nicht zu Boden gerungen. Für die Arbeiterschaft konnte es nur von Vorteil sein, wenn, als Kaiser und Könige zum Teufel gingen, auch das Unternehmertum zum Teufel gehen mußte. Die Revolution kam überraschend: neben der politischen Macht, welche dem Proletariat zufiel, mußte ihm auch die wirtschaftliche Macht zufallen. Der neuzusammengesetzten Regierung kam es aber nur darauf an, so schnell wie möglich die Wahlen zur Nationalversammlung zustande zu bringen, um unter dem Deckmantel der Demokratie um so besser der Arbeiterschaft die wirtschaftliche Macht entreißen zu können. Seiner Ansicht nach war das Ende der Revolution schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu ersehen, denn bei einer auf einer solchen Mehrheit zusammengesetzten Regierung und bei solchem Parlament können nie und nimmer die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Proletariats gewahrt werden. Wahre Demokratie kann es nicht geben, solange der Kapitalismus besteht. Daß die Revolution ihr Ende erreicht hat, steht unzweifelhaft fest, und nur durch die Handlungsweise eines Noske, durch Belagerungszustand, Versammlungsverbote, Schutzhaft usw. wird man noch an sie erinnert. Daß die Arbeiterräte mit Gewalt gemeuchelt werden, dafür dient als Beweis das Verbot der Arbeiterratswahlen zum Roten Vollzugsrat, seine Verfolgung und letzten Endes seine endgültige Verhaftung und Auflösung durch die Regierung. Hierdurch ist der Arbeiterschaft klar gezeigt, daß sie nur Vorteile erreichen kann durch zähen Kampf. Die Unternehmer haben den ihnen drohenden Schaden zeitig erkannt und nun die Arbeitsgemeinschaften gegründet, um der ihnen drohenden Sozialisierung zu entgehen. Nur durch Betriebsräte, wie wir uns dieselben denken, wird die Arbeiterschaft Einfluß auf die wirtschaftliche Produktion erhalten und können wir uns aus diesem Grunde mit dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf über die Betriebsräte nicht einverstanden erklären. Es soll nicht meine Aufgabe sein, sagt Redner, den Regierungsentwurf und den Gegenentwurf der Arbeitsgemeinschaft für Angestellte wörtlich zur Kenntnis zu bringen, sondern nur den Sinn einzelner Paragraphen des Regierungsentwurfs, die dringend der Abänderung bedürfen. Der Regierungsentwurf besagt, bei mindestens 20 Arbeitnehmern sind Betriebsräte zu errichten, bei weniger als 20, mindestens aber 5 Arbeitnehmern, ist ein Obmann zu wählen. Der Gesetzentwurf verlangt, bei mindestens 10 Arbeitnehmern im Betriebe sind Betriebsräte zu wählen, bei weniger als 10, aber mindestens 3 Arbeitnehmern ist ein Betriebsobmann zu wählen, damit endlich einmal die Ungerechtigkeiten gegen die Kleinbetriebe aus der Welt geschafft werden. § 5 des Regierungsentwurfs besagt: Der Betriebsrat besteht in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitnehmern aus 5 Mitgliedern. In solchen von 100 bis unter 1000 Arbeitnehmern erhöht sich die Zahl der Mitglieder für je 100 weitere Arbeitnehmer, in solchen von 1000 und mehr Arbeitnehmern für je 500 weitere Arbeitnehmer um je eines. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 20. Der Gegenentwurf verlangt in Betrieben mit weniger als 20 Arbeitnehmern eine aus 3, in solchen mit 20 bis 49 Arbeitnehmern eine aus 5, in solchen mit 50 bis 100 Arbeitnehmern eine aus 10 Mitgliedern bestehende Vertretung. Ueber die weitere Abstufung in größeren Betrieben beschließt die Betriebsversammlung, doch darf die Höchstzahl von je 10 Mitgliedern auf 100 Arbeitnehmern und die Gesamtzahl von 40 Personen nicht überschritten werden. Für die Mitglieder ist die gleiche Zahl von Ersatzmitgliedern zu wählen. Der Paragraph 34 des Regierungsentwurfs, welcher die Aufgaben des Betriebsrates behandelt, ist in fast allen seinen Teilen unannehmbar. Zum Beispiel besagt der Absatz 6:

Der Betriebsrat hat die Aufgabe, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, insbesondere in Fällen drohender Arbeitseinstellung im Zusammenwirken mit den Berufsvereinen dafür zu sorgen, daß die Arbeit nicht eingestellt wird, ehe dies in geheimer Abstimmung und mit Zweidrittelmehrheit beschlossen ist, es sei denn, daß die Satzungen der Berufsvereine übereinstimmend ein anderes Mehrheitsverhältnis vorschreiben. Mit anderen Worten gesagt: der Betriebsrat soll nur die Interessen der Unternehmer wahren. Deshalb müssen wir glatte Ablehnung dieses Paragraphen verlangen. Absatz 8 behandelt die Verwaltung von Betriebswohlfahrtseinrichtungen, soweit dem Arbeitgeber ein Verfügungsrecht zusteht. Im Gegenentwurf verlangt Absatz 8 das volle Selbstverwaltungsrecht sämtlicher Wohlfahrtseinrichtungen. Redner gibt zu, daß einzelne Landesteile durch das Gesetz kleine Vorteile hätten, aber die darin enthaltenen Verschlechterungen sind bei weitem größer. Daher ist der Regierungsentwurf mit Recht abzulehnen. Die Betriebsräte müssen sich die notwendigen Kenntnisse aneignen können, wozu Mittel und Wege geschaffen werden müssen. Die Regierung muß veranlaßt werden, die Schulen dafür unentgeltlich für die Arbeiterschaft freizumachen.

Im übrigen weist Redner auf den Artikel in Nr. 46 des „Textilarbeiter": „Die Betriebsräte in der Textilindustrie" hin. Zur Frage der Stellung der Gewerkschaften zu den Betriebsräten ist Redner der Ansicht, daß dieselben nur mit Hinzuziehung der Partei und Gewerkschaft gemeinsam geschaffen werden können, und protestiert gegen den Beschluß der Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte; unsere Stellungnahme dazu sei im Paragraph 1 unseres Statuts festgelegt. — Unter „Verschiedenes" wurde Kollege Paul Fritsche als Revisor für die Zentralkasse gewählt. Ein Antrag der Dekaturbranche, außer in der „Freiheit" auch im „Vorwärts" zu inserieren, wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit abgelehnt mit der Begründung, daß der „Vorwärts" mit seiner Schreibweise als Arbeiterblatt nicht mehr in Frage komme.

Gelenau. Unsere Filiale hielt am Sonntag, den 23. November, ihre 3. Quartalsgeneralversammlung ab. Zuerst gab der Geschäftsführer Kollege Oettel einen ausführlichen Kassen- und Geschäftsbericht vom 3. Quartal. Der Geschäftsführer Uhlig schilderte in einstündigem, gut durchdachtem Vortrage den geschichtlichen Entwicklungsprozeß der deutschen Gewerkschaften und des Textilarbeiterverbandes. Ausgehend von den mittelalterlichen Gesellenvereinen, die als Vorläufer der heutigen Gewerkschaften betrachtet werden könnten, schilderte er den Weberstreik in Speyer und empfahl den heutigen Kollegen die gleiche Solidarität, mit der die Webergesellen jahrelange Streiks mit Erfolg gegen ihre Meister durchgeführt hätten. Redner ging auf die 48er Revolution ein und schilderte die Klassenkämpfe der damaligen Zeit und ihre Wirkungen auf das Gewerkschaftswesen, dessen Entwicklung infolge der Spaltung in Eisenacher und Lassalleaner sehr erschwert war, bis 1875 auf dem Einigungskongreß die Einigung beider Richtungen sich vollzog, wonach mit vereinten Kräften gegen das Unternehmertum vorgegangen werden konnte. Die Reaktion griff zu den schärfsten Gegenmitteln (Sozialistengesetz), um die Arbeiterbewegung mit einem Schlage für immer zu vernichten, aber die Arbeiterklasse ist trotz alledem als Sieger aus diesem Vernichtungskampfe hervorgegangen und 1890 fiel das Schandgesetz. Ein Jahr später wurde der Zentralverband der Textilarbeiter Deutschlands gegründet, um mit vereinter Kraft den Unterdrückungsversuchen des Unternehmertums entgegentreten zu können. Ein großes Hemmnis bildeten die gelben Gewerkschaften, die Kinder der Unternehmer, und die Staatsgewalt, die Militärmacht, die die Bestrebungen der Organisationen mit Waffengewalt zu unterdrücken versuchten. Redner verurteilte die Unterstützung der Kriegspolitik von seiten der Gewerkschaften, denn dieser Krieg war nur ein Imperialistenkrieg der ganzen Welt. Die Arbeiterklasse erkannte immer mehr, daß man sie am Gängelbande führte, und drehte am 9. November v. J. die Flinte um; es kam zur Revolution. Die Arbeiterklasse wurde mit einem Schlage zum Machtfaktor der deutschen Politik. Das Ziel war bei der Revolution viel weiter gesteckt, als das, was wir bis jetzt erreicht haben; nicht nur die politische Macht, sondern auch die wirtschaftliche Macht sollte erobert werden. Mit der planlosen kapitalistischen Wirtschaft, mit den Anschauungen, wir müßten viel arbeiten, um hochzukommen, um in der Weltwirtschaft nicht unter den Schlitten zu kommen, sollte gebrochen werden, und an ihrer Stelle die sozialistische Planwirtschaft gesetzt werden. Wir haben wohl den Achtstundentag, derselbe kann aber auch schnell wieder verloren gehen, wenn die Arbeiterklasse nicht geschlossen dahinter steht. Die wenigen Errungenschaften, die wir von der Revolution noch besitzen, müssen durch eine von Solidaritätsgefühl durchdrungene Arbeiterschaft mit zäher Energie verteidigt werden. Die Reaktion — blicken wir nach Berlin — erhebt mächtig ihr Haupt, sie marschiert. Man glaubt uns überrumpeln zu können. Das darf nicht eintreten, die Arbeiterklasse muß sich zu einer vereinten kompakten Masse zusammenschließen. Wohl ist die Entwicklung unserer Filiale eine ziemlich gute zu nennen. Von 152 Mitgliedern vor der Revolution sind wir auf über 3000 gewachsen, aber noch gibt es welche, die abseits stehen, welche, die wohl die Erfolge der Gewerkschaft mitgenießen, aber den Weg zu ihr nicht finden wollen. Auch diese müssen von den organisierten Kollegen, von den Betriebsausschüssen zur Organisation herangeholt werden, damit das Ziel der Gewerkschaften: die demokratische Fabrik, die Ueberführung der Wirtschaft in die sozialistische, erreicht werden kann. Alle etwaigen Zersplitterungsversuche, wie sie z. B. in Pirna vorgekommen sind, wo 600 Arbeiter eines Betriebes aus der Organisation austraten und eine Betriebsorganisation gründeten, müssen unterbunden werden, wenn nicht alle getane Arbeit umsonst gewesen sein soll. — Nach diesem Vortrage wurden die Kollegen Louis Herrmann, Gelenau, für den ersten Bezirk und Kollege Mucht, Jahnsbach, für den zweiten Bezirk als ständige Hauskassierer gewählt. — Unter „Verschiedenes" wurde von einigen Kollegen die Ueberschreitung des Achtstundentages sowie das Herausarbeiten der Feiertage stark kritisiert.

Kaufbeuren. Eine zum 21. November in den Sammkeller einberufene Versammlung der Textilarbeiter erfreute sich in Anbetracht der reichhaltigen Tagesordnung eines zahlreichen Besuchs. Es wurde von seiten des Kollegen Hugo Kirchner (früher in Görlitz) über die Verhandlungen in Tariffragen mit der Direktion der Mechanischen Spinnerei und Weberei Kaufbeuren Bericht erstattet. Die Angelegenheit wird noch die Tarifgemeinschaft, Untergruppe Südbayern, beschäftigen. Kollege Kirchner wies auch darauf hin, daß nur durch einen straffen Zusammenschluß der Arbeiter die Macht des Kapitals gebrochen werden kann. Seine Ausführungen wurden von den Anwesenden begeistert aufgenommen. Außerdem wurde in der stark besuchten Versammlung noch beschlossen, den freien Samstagnachmittag zur Durchführung zu bringen. Auch hat sich am 22. November die Meistersektion zusammengefunden, um sich über Betriebs- und Organisationsangelegenheiten zu besprechen.

Löbau i. Sachsen. Der gute Besuch unserer letzten Mitgliederversammlung zeigte, mit welchem Interesse die Kollegenschaft den Abschluß des Tarifs verfolgt. Die Kollegin Schmidt erstattete den Bericht von den Verhandlungen mit der Abfall-Spinnerei und Weberei. Ihre Ausführungen wurden mit großem Interesse verfolgt. Großen Unwillen rief das Verhalten der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen hervor, die die vom Deutschen Textilarbeiter-Verbande abgeschlossenen Tarife einfach als ihre Errungenschaft erklärten. Die Delegierten vom Deutschen Textilarbeiter-Verbande wollen daraufhin mit diesen Organisationen sich nicht gemeinsam an einen Tisch zu neuen Verhandlungen mehr setzen. — Dann gaben Kollege Sitzert und Kollegin Bieck Bericht von den Tarifverhandlungen in Löbau, bei denen es auch zu keiner Einigung kam. Es wurden Kommissionen gegründet, die mit den Arbeitgebern eine 30prozentige Erhöhung auf den abzuschließenden Tarif festsetzen. — Den Kartelldelegierten wurde ein Antrag mit auf den Weg gegeben, das Kartell möge Schritte unternehmen, um die Bildung der Arbeiter zu heben; vor allen Dingen soll ein Stenographenkursus eingeführt werden. (Davon dürften nicht viele profitieren. D. R.)

Malchow i. Mecklenbg. Am 21. November war hier im „Deutschen Haus" eine außerordentliche Mitgliederversammlung zwecks Stellungnahme zur Lohnfrage. Die Mitglieder waren vollzählig erschienen. Unser Gauleiter Kotzke führte unter anderem aus, daß wir scharf über unsere Rechte wachen sollen. „Wenn die Unternehmer unsere Rechte nicht anerkennen wollen, so zeigt ihnen die Zähne!" Und dann sollen wir die Betriebe reinhalten von unorganisierten Arbeitern. — Am anderen Tage wurde wieder eine Versammlung abgehalten. Kotzke führte dort aus: Der von der Reichsarbeitsgemeinschaft in Berlin aufgestellte Manteltarif ist angenommen. In der Lohnfrage waren die Herren Arbeitgeber mit Vorschlägen gekommen, die man als hellen Unsinn bezeichnen könne. Darauf wurde von den Arbeitnehmern folgender Vorschlag gemacht. Es erhalten pro Stunde Vollarbeiter über 20 Jahre 1,70 Mk., Arbeiter von 18—20 Jahren 1,50 Mk., invalide oder minderleistungsfähige Arbeiter 1,40 Mk., die Frauen bis zum 1. Januar 1920 1 Mk.; nach dem 1. Januar 1920 bis 30. April 1920: Vollarbeiter 1,80 Mk., Arbeiter von 18—20 Jahren 1,60 Mk., invalide und minderleistungsfähige Arbeiter 1,50 Mk., die Frauen 1,10 Mk. Der Lohn für Akkordarbeit ist so zu berechnen, daß zu dem Zeitlohn ein Zuschlag von 15 Proz. kommt. Die seit dem 1. November rückständigen Summen werden nachgezahlt. — Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitgebern mit Hängen und Würgen angenommen. Ebenfalls wurde die Lieferung von Schutzkleidung für Reinigungsarbeiten und die bestehenden prozentualen Aufschläge zugestanden. So sind wir also durch die Organisation wieder ein gut Stück vorwärts gekommen, und alle werden nun wohl ihren Wert erkannt haben und sich ihr anschließen.

Messersdorf-Wiegandsthal. Am Sonnabend, den 22. November, fand unsere Mitgliederversammlung im Gerichtskretscham zu Messersdorf statt mit dem Thema: „Wie steht es mit unserer Rohstoffversorgung aus?" Referent war Karl Kutschan-Lauban. Er entledigte sich seiner Aufgabe in fesselnder Weise, wobei er eingehend zeigte, wie auch durch das Schieberunwesen unsere Rohstoffversorgung sehr gefährdet ist. — Kollege Seeliger verlas ein Schreiben vom Verbandsvorstand betreffs der weiblichen Mitglieder; die Kolleginnen sollen mehr zu Funktionärinnen ausgebildet werden. Es sollen deshalb in den Filialen Zusammenkünfte stattfinden, in denen den Kolleginnen Aufklärung und Belehrung über die Aufgaben des Verbandes verschafft werden soll. Kollege Kutschan versprach auch, in dieser Sache sein möglichstes zu tun, und es soll in der nächsten Versammlung das Nähere darüber besprochen werden. — Es wurde Klage geführt, daß der Betriebsleiter der Firma Adam u. Knauer Ausländer annimmt und unsere Leute entläßt und auch keinen von uns annimmt. Ueberhaupt scheint sich der Herr Betriebsleiter Luz in die neuen Verhältnisse nicht fügen zu wollen. Bei der Firma Schiller, Plüschweberei, ist der neue Tariflohn noch nicht gezahlt worden, obwohl derselbe seit 1. Oktober in Kraft ist und die Firma von der Gauleitung benachrichtigt wurde, was sie für Löhne zu zahlen hat. — Bei der Wahl eines Geschäftsführers erhielt von den 6 Bewerbern der Kollege Kutschan sämtliche Stimmen der anwesenden Mitglieder. — Zu bedauern ist, daß die Versammlung nicht besser besucht war, so daß von 280 Mitgliedern nur ganze 35 anwesend waren. Wir wollen hoffen, daß die nächsten Versammlungen besser besucht sein werden.

Reichenau. In der am Sonnabend, den 22. November, in „Stadt Zittau" abgehaltenen Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war, gab Kollege Richter Bericht über den gegenwärtigen Stand unserer Tarifbewegung. Der Standpunkt der Vertreter unserer Organisation, die christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaft bei den Tarifverhandlungen infolge ihrer geringen Mitgliederzahl nicht als gleichberechtigt anzuerkennen, wurde einstimmig gutgeheißen. Die von diesen Organisationen in letzter Zeit verteilten Flugblätter gegen unseren Verband, in denen die Verschleppung der Tarifverhandlungen uns in die Schuhe geschoben wird, wurden vom Referenten in verschiedenen Punkten als unwahre Behauptungen gekennzeichnet. Unter Verschiedenem gab Kollege Ehrentraut die neuen Sätze der Erwerbslosenunterstützung für die Amtshauptmannschaft Zittau und Löbau bekannt. Hierbei wurde zur Sprache gebracht, daß bei einzelnen Firmen der verdiente Lohn der vorhergehenden Woche beim Auszahlen auf die Unterstützung der nächsten Woche mit 70 Proz. zur Anrechnung gebracht wird. Dies entspricht nicht den Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge. Ebenso müssen die Krankenkassenbeiträge beim Bezug von Unterstützung aus der Erwerbslosenkasse bezahlt werden und nicht, wie es vielfach geschieht, diese Beiträge von der Unterstützung in Abzug gebracht werden. Verschiedene Anfragen aus der Mitte der Versammlung beantwortete Kollege Richter in zufriedenstellender Weise. Mit einem Schlußwort des Kollegen Ludwig, die nächste Mitgliederversammlung, in der der neue Geschäftsführer gewählt werden soll, ebenso zahlreich zu besuchen, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Unterboihingen. Wir haben hier in letzter Zeit mit Hilfe des Verbandes, der unlängst eine ansehnliche Stärkung durch Beitritte erfahren hatte, schöne Erfolge aufzuweisen. Wie überall wurde auch hier das Mehrstuhlsystem bekämpft, das, weil die Weber ihm nicht mehr länger huldigen wollten, mit Hilfe der Meister aufrechterhalten werden sollte. Ein kurzer, mit Einmütigkeit durchgeführter Streik verschaffte uns einen vollen Sieg. Solchen hatten wir auch hinsichtlich der Zurücknahme der Maßregelung unseres Filialleiters zu verzeichnen; die Firma mußte dessen Kündigung wieder zurücknehmen. Wie vorteilhaft wäre es für uns alle gewesen, wenn wir stets so einig gewesen wären! Sicher werden die Kollegen hier alle aus den Vorgängen lernen, die jetzige Einigkeit dauernd zu erhalten.

Literatur.

Volksverband der Bücherfreunde. Der Wille zur Freiheit einer neuen geistigen Kultur ist erwacht, und alle, die den bedeutungsvollen Machtnamen „Volk" mit Bewußtsein tragen, wollen den Weg in die Zukunft als Kundige gehen. Froh greift das Volk zum Weiser des Wissens, zum Buche. Besitzesfreude und Kraft, die es spendet, allen teilhaftig zu machen, schließen alle sich zusammen, durch Gemeinsamkeit überwindend was dem einzelnen aus Teuerungsgründen unerreichbar bleibt. Im Volksverband der Bücherfreunde, dem ohne einen Mitgliedsbeitrag alle, auch Vereine, Verbände, Organisationen und Einzelpersonen angehören, ist dem großen Werk der Sozialisierung des Bildungswesens der stärkste Helfer entstanden. Jährlich erscheinen zunächst 4 literarisch wertvolle Bände, künstlerische, dem jeweiligen Inhalt angepaßte Einbände, typographisch und in der Papierwahl würdige Ausstattung wird die also zustande kommende Bibliothek zur Heimstätte von Kunst und Schönheit machen. Der Volksverband der Bücherfreunde beginnt im Oktober d. J. seine Erscheinungen mit Goethes „Faust". Die kritische Durchsicht besorgte A. Soergel. Die Buchausstattung überwachte Edmund Schaefer. Gedruckt wurde der Band in der Offizin Kuno Bergmann, Berlin, mit der Maximilian-Fraktur von Gebr. Klingspohr in Offenbach. Der Einband ist nach einem alten Muster von 1834. Der Volksverband pflegt neben den Klassikern kulturgeschichtliche und Reisewerke, den modernen Roman und Poesie. Die Bände werden nur an Mitglieder verausgabt, überschreiten den Preis von 5,50 Mk. für den gebundenen, 350—500 Seiten starken Band nicht, sind aber nicht im Buchhandel erhältlich. Eine literarisch wertvolle Werbeschrift mit Geleitworten von Minister Haenisch und bekannten Führern im Volksbildungs- und Gewerkschaftswesen mit Beiträgen von Max Halbe, Hermann Sudermann, Friedrich Kayßler, Otto Flake, Albert Soergel, Dr. M. Conrad und anderen, mit Holzstichen und Federzeichnungen von Edmund Schaefer und Bruno Witte, ist bereits erschienen. Sie wird ausgegeben und unterrichtet eingehend über den Volksverband der Bücherfreunde, der sich in allen größeren Städten aufgetan und seinen Sitz auch in Berlin W. 50, Rankestr. 34, hat.

Briefkasten.

J. K., Augsburg. Inserat aufzunehmen müssen wir aus prinzipiellen Gründen ablehnen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 7. Dezember, ist der 49. Wochenbeitrag fällig.

Geschäftsführer- und Hilfsarbeiter-Gesuche.

Für die Filialen Neustadt (Ober-Schl.), Heidenheim am Brenz, Breslau i. Schl., Gronau i. Westf., Mannheim-Ludwigshafen, Oppach i. S. unseres Verbandes wird zum baldigen Antritt je ein Geschäftsführer und für die Filialen Göppingen, Stuttgart und Greiz je ein Hilfsarbeiter gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen und schriftgeübten Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung" versehen, unter Beifügung eines Aufsatzes über die Aufgaben eines Geschäftsführers an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7, bis spätestens den 21. Dezember d. J. einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigung.

Der Vorstand.

Adressenänderungen.

Gau Cassel. Ilmenau. K: Frl. Erna Baumgärtner, Manggasse 2—3.

Gau Düsseldorf. Oedt. V: Reinhold Poesch, Süchtelner Straße 4. K: W. Dickhoff, Südstr. 10.

Gau Düsseldorf. Trier. V: Mathias Herrig, St. Medardstraße 38.

Gau Lörrach. Bräunlingen. K: Karl Walch.

Gau Lörrach. Oberachern. K: Josef Striebel, Ulm bei Oberkirch i. Ba.

Gau Stuttgart. Ehingen. V: Albert Frohmann, Fabrikstraße 106.

Gau Dresden. Die Gaue Plauen, Chemnitz und Neugersdorf sind ab 1. Dezember 1919 zusammengelegt zum Gau Dresden. Sitz Dresden. Gauleiter Hugo Sachse, Dresden-A., Hohe Straße 10 I. Telephon Nr. 21 334. Einsiedel ist mit Chemnitz verschmolzen. Lichtenstein-Lugau verschmolzen. V: K und Geschäftsführer R. Zscherp, Lichtenstein-Callnberg, Hartensteiner Str. 16.

Gau Dresden. Bautzen. V: Emil Kleinstück, An der Petrikirche 1.

Gau Berlin. Neuruppin. V: Frau Ida Schrader, Leinweberstr. 8. K: Konrad Hämmerle, Lazarethstr. 1.

Folgende Orte des Gaues Stuttgart gehören jetzt zum Gau Lörrach: Aach, Bräunlingen, Bufenbach, Eberbach, Erbach, Hornberg, Karlsruhe, Kaiserslautern, Konstanz, Kusel, Lambrecht, Ludwigshafen, Oberachern, Radolfzell, Sandhofen, Schiltach, Stockach, Villingen, Volkertshausen und Wollmatingen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Berlin. Martha Linde, Klöpplerin, 51 J. Elise Klande, Uniformstickerin, 26 J. Auguste Biedermann, Hasplerin, 67 J., Arterienverkalkung. Bertold Schwarz, Weber, 60 J., Altersschwäche.

Crimmitschau. Richard Kunze, 61 J.

Gera (R.). August Scheffel, Färbereiarbeiter, 57 J., Magenkatarrh. Albert Fink, Weber, 76 J., Altersschwäche. Johann Schwarz, Weber, 54 J., Grippe. Auguste Dietzel, Weberin, 57 J., Magenkrebs.

Greiz. Arno Maschke, Weber, 58 J., Tuberkulose.

Großschönau. Johann Richter, Schanzendorf, 50 J. Ida Maurer, Jonsdorf, 24 J.

Halbau. Frau Berta Seifert, Putzerin, 61 J., Nieren- und Herzleiden.

Kettwig a. d. Ruhr. Maria Koslik, 23 J., Bauchfellentzündung.

Landeshut. Ida Schmidt, Putzerin, 88 J., Grippe. Richard Sliva, Weber, 37 J., Lungenentzündung. Marie Demuth, Kremplerin, Magenleiden.

Langenbielau. August Fulde, 64 J., Herzschlag. Karl Drescher, Stückfärber, 69 J., Herzlähmung.

Neusalz. Bernhard Findegenannt, 20 J., Magengeschwür.

Reichenbach i. V. Adolf Pinkes, Appreturarbeiter, 51 J., Herzschlag. Karl Walther, 30 J., gefallen.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Berga a. d. Elster. Sonnabend, 13. Dezember.

Halberstadt. Mittwoch, 10. Dezember, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshause.

Leisnig. Mittwoch, 10. Dezember.

Magdeburg. Mittwoch, 10. Dezember, im Diamantbräu, Berliner Straße: Generalversammlung.

Ostritz. Dienstag, 9. Dezember, abends 5½ Uhr, in Böhmes Restaurant.

Gau Dresden (Freistaat Sachsen).

Geschäftsstelle: Dresden-A., Hohestr. 10.

Geschäftszeit: 9-4 Uhr werktäglich.

Die Gauleitung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse für Textilarbeiter und Angehörige anderer Berufe (K.V.G.) Sitz Leipzig.

Gegründet 1884. Kassenvermögen 400 000 Mark.

Alle zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder, die der Kasse nach § 2 Ziffer 9 der Satzung ohne Eintrittsgeld mit alten Rechten wieder beitreten wollen, müssen die Wiederanmeldung umgehend bewirken.

Der Hauptvorstand
Hermann Chemnitz, Hauptvorsitzender,
Leipzig-Schönefeld,
Rositz-Wallwitzstr. 7, prtr.

Redaktionsschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 6. Dezember

Verlag: Karl Hübsch in Falkenberg-Alt-Glienicke. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Dressel in Plauen i. V., für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.